

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Helga Krismer-Huber

gemäß § 39 Abs. 2 LGO 2001

an Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag.^a Johanna Mikl-Leitner

betreffend **Gemeinden: Altlasten aus der Zeit der Spekulationen oder neue Wege aus Finanzkrise? Lebensversicherungen als Tilgungsträger in Gemeinden wie zum Beispiel in Oberwaltersdorf**

Diverse spekulative Produkte wie SWAPS oder Fonds haben sowohl zur öffentlichen Debatte darüber geführt als auch zum zaghaften Bemühen, Spekulation mit Steuergeld hintanzuhalten.

Dieses Thema ist um eine Facette reicher: (Fondsgebundene) Lebensversicherungen der Gemeinde Oberwaltersdorf haben als versicherte Personen zum Beispiel ehemalige Gemeindefachleute, aber auch einen Versicherungsmakler ohne Gemeindefachmandat im Vertrag.

Warum machen Gemeinden das? Bei endfälligen Krediten gibt es die Möglichkeit, während der Laufzeit nur die Zinsen zu zahlen und in der Zwischenzeit einen Tilgungsträger anzusparen. Tilgungsträger (Investmentfonds, Aktiendepots, Lebensversicherungen usw.) werden auf diese endfälligen Kredite als spekulatives Produkt aufgesetzt, um die Kredittilgungssumme zu reduzieren. Wetten und spekulieren, um weniger zu bezahlen, ist die Kurzfassung. Ziel ist es, dass die Verzinsung beim Tilgungsträger höher als für das ausgeliehene Geld beim Kredit ist. Dann ist bei der endfälligen Zahlung ein „Gewinn“ entstanden.

Da es sich im gegenständlichen Fall Oberwaltersdorf offensichtlich um Lebensversicherungen handelt, wird es mit hoher Wahrscheinlichkeit auch eine Ablebensrisikoklausel geben. Also eine Wette, die im Hintergrund auch noch läuft.

Die Anfrage soll dazu dienen, um in Erfahrung zu bringen, inwiefern die Abteilungen in der Landesverwaltung über derartige Abschlüsse von Lebensversicherungen Bescheid wissen. Immerhin werden bei Abschlüssen von Tilgungsträgern Bonuszahlungen in der Regel auf Seiten der Versicherungsunternehmen ausbezahlt. Makaber ist jedenfalls die Tatsache, dass auf das Ableben bzw. Erleben von Mandatären gewettet wird.

Und wie seit der Krise 2008 bekannt, gibt es in der Bevölkerung wenig Verständnis für spekulative Finanzgeschäfte seitens der öffentlichen Hand. Denn welche Fonds stecken hinter den Tilgungsträgern, die eine hohe Rendite abwerfen?

Die Unterfertigte stellt daher folgende

Anfrage

1. Ist ihnen bekannt, dass Gemeinden in Niederösterreich Verträge von Lebensversicherungen mit versicherten Personen wie Gemeindefunktionsmitgliedern, Gemeindebediensteten oder Versicherungsmaklern abschließen?
2. Aus welchen Gemeinden ist ihnen das bekannt?
3. Sehen sie rechtlichen Handlungsbedarf in der NÖ Gemeindeordnung für diese Verträge?
4. Gibt es im Amt der NÖ Landesregierung auch Lebensversicherungen, die auf Bedienstete oder Mandatäre oder Mitglieder der Landesregierung lauten?